

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Protokoll über die Sitzung der Bezirksvertretung des 9. Bezirks

Datum / Uhrzeit: Mittwoch, 03. März 2021, 17.00 Uhr

Ort der Sitzung: 1., Lichtenfelsgasse 2 – Festsaal des Wiener Rathauses

Anwesende:

BVⁱⁿ Mag.^a Ahmad, BVⁱⁿ-Stv. Sapetschnig, MSc, BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Molitor Ruckenbauer, BR Mag. Maurer, BR Amhof, BR Appel, BR Delitz, BSc, BR Mag. Doubek, BR Mag. Ebenberger, BRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Fuchs El., BSc, BRⁱⁿ Fuchs Er., BR Mag. Garstenauer, BA, BRⁱⁿ Mag.^a Grasl, BRⁱⁿ Heimerzheim, BRⁱⁿ Mag.^a (FH) Höfler, BRⁱⁿ Kauf, BR Koberwein, BR Kofler, BRⁱⁿ Kreutz, BRⁱⁿ Krzyszkza, BRⁱⁿ Mag.^a Lugert, BR Mag. Mayrhofer-Grünbühel, BRⁱⁿ Mras, BA, BRⁱⁿ Niederseer MBA MSc, BRⁱⁿ O'Brien, BA, BR MMag. Piller, BRⁱⁿ MMag.^a Plachy-Locho, BR Mag. Prucher, MLS, BR Raab, MA, BR Ing. Rendl, MSc, BR Riedl, BRⁱⁿ DIⁱⁿ Schmid, BRⁱⁿ Schmitz, BR Mag. Schwendtner, BRⁱⁿ Torres Venegas, BRⁱⁿ Winiecka, BR Mag. Wöß, BRⁱⁿ Zugerstorfer, BR MMag. Zwickelsdorfer

Entschuldigt:

BR Mag. Prack, BRⁱⁿ DIⁱⁿ Turan-Berger

Damit ist die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung gegeben.

Der Vorsitzende Bezirksrat Mag. Maurer erteilt die Bewilligung für Bild- und Tonbandaufnahmen an die mit der Übertragung des Livestreams beauftragte Firma.

Tagesordnung

1. Bekanntmachungen der Vorsitzenden
2. Mitteilungen der Bezirksvorsteherin
3. Geschäftsstücke
4. Anfragen gemäß § 23 GO-BV
5. Resolutionen
6. Anträge gemäß § 24 GO-BV

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

1. Bekanntmachungen des Vorsitzenden

- 1.1. Begrüßung der Anwesenden
- 1.2. Bekanntgabe der Zahl der eingebrachten Anfragen, Resolutionen und Anträge.
Zur heutigen Sitzung wurden fristgerecht zehn Anfragen, sieben Resolutionen, 20 Anträge und zwei Abänderungsanträge eingebracht, davon ist ein Antrag unzulässig und ein Abänderungsantrag wurde vor der Sitzung zurückgezogen.
- 1.3. Im gesamten Rathaus ist eine FFP2-Maske zu tragen, auch auf dem eigenen Platz. Am Rednerpult kann die Maske abgenommen werden.
- 1.4. Das Rednerpult ist bitte nach jeder Wortmeldung zu desinfizieren und das Mikrofon abzuwischen. (Utensilien stehen am Rednerpult bereit)
- 1.5. Zur heutigen Sitzung wird ein dringliches Geschäftsstück nach § 11, lit. 4 GO-BV eingebracht:

FA 243616/21/1 – MA 7

Voranschlag 2021

Kulturelle Aktivitäten

1) Genehmigung eines neuen Kredites bedeckt in Kürzung der Mittelverwendung auf einer anderen Gruppe desselben Ansatzes

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0907/750 960 um € 100,--

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0907/752 960 um € 100,--

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0907/755 960 um € 100,--

Über die Zulassung der Behandlung des Geschäftsstückes wird abgestimmt, eine Debatte darüber ist nicht zulässig.

Beschluss:

Der Antrag auf Zulassung wird einstimmig angenommen.

Die Behandlung erfolgt im Anschluss an die bereits mit der Tagesordnung bekanntgegebenen Geschäftsstücken.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

2. Mitteilungen der Bezirksvorsteherin

Die Bezirksvorsteherin teilt innerhalb des Berichtszeitraumes 17.12.2020 bis 03.03.2021 folgendes mit:

Am 8. März ist Internationaler Frauen*tag. Und wir wissen alle, gerade diese Pandemie hat sehr deutlich vor Augen geführt, wer die Krise stemmt: Es sind in allererster Linie die Frauen. Daher möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Frauen bedanken. Egal, ob Ärztinnen, Pflegerinnen, Pädagoginnen, Reinigungskräfte etc – Sie alle sind die Stützen unserer Gesellschaft. Jeder Tag ist Frauentag.

Wir stehen in dieser Pandemie vor massiven Herausforderungen, die uns vermutlich alle noch lange begleiten werden. Aber genau weil die Situation keine leichte ist, weil wir in einer bzw. mittlerweile mehreren Krisen stecken, müssen wir als politisch Verantwortliche alles in unserer Macht Stehende tun, um die Bewohner*innen zu unterstützen. Weil wenn wir nicht in Krisenzeiten solidarisch handeln und helfen, dann so finde ich, sind wir falsch in der Politik.

Lassen Sie mich ein paar Projekte nennen, die wir in dem Berichtszeitraum umgesetzt oder gestartet haben, die alle einen Ursprungsgedanken haben: Solidarität. Solidarität mit den Künstler*innen, Solidarität mit den Jüngsten in unserer Gesellschaft, Solidarität durch und mit den Bewohner*innen, Solidarität im öffentlichen Raum.

Alsergrunder Kultursommer

Besonders die Kunst- und Kulturszene leidet stark unter der Pandemie. Um unsere Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen, haben wir das Kulturbudget 2021 von bisher 100.000 auf 150.000 Euro erhöht und intensiv an einem neuen Format für die Alsergrunder Kunst- und Kulturszene gearbeitet.

Warum? Weil wir gerade in schwierigen Zeiten zusammenhalten müssen. "Gemeinsam für den Neunten" ist für uns keine leere Floskel, sondern gelebte Solidarität. Wir lassen unsere Künstlerinnen und Künstler nicht im Stich. Gleichzeitig setzen wir uns nach wie vor dafür ein, dass der Zugang zu Kunst und Kultur allen möglich ist.

Daher freut es mich riesig, dass wir 2021 den ersten Alsergrunder Kultursommer veranstalten werden. Damit möchten wir die Kunst- und Kulturszene unterstützen, stärken und ihr einen kreativen Rahmen bieten. Durch Spielstätten im öffentlichen Raum können wir Kunst und Kultur noch leichter erlebbar machen.

Der Alsergrunder Kultursommer wird von 15. Juni bis 15. September stattfinden. Egal, ob Lesung, Konzert, Theaterstück und vieles mehr. Bis 14.04.2021 könnt ihr eure Kunstprojekte einreichen. Danach entscheidet ein Gremium, die Kulturkommission, welche Kunstprojekte dieses Jahr dabei sein können.

Welche Kriterien erfüllt werden müssen und alle weiteren Informationen findet ihr auf der Bezirkshomepage!

Ich wünsche Euch viel Glück beim Einreichen und ich freue mich schon sehr auf den ersten Alsergrunder Kultursommer.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Heinz Heger Park / Bücherschrank

Wie schon in den letzten Monaten berichtet, wird der Heinz-Heger-Park umgestaltet und wir schaffen mehr Aufenthaltsqualität für die Bewohner*innen. Bis Ende April, je nach Witterungsverhältnissen, wird der Heinz-Heger-Park fertiggestellt.

Der bestehende Bücherschrank samt Denkmal kann leider nicht erhalten bleiben, weil er aus nicht langlebigen Materialien errichtet wurde. Der Zustand des Bücherschranks erfordert mittlerweile eine Neuerrichtung.

Im letzten Jahr habe ich versucht eine gemeinsame Lösung mit dem bisherigen Trägerverein des Bücherschranks für die Neuerrichtung zu finden. Leider erfolglos.

Es ist aber nach wie vor mein Ziel, dass im Heinz-Heger-Park ein neuer Bücherschrank wird und er soll auch wieder den Rosa-Winkel-Opfern der NS-Zeit gewidmet sein.

Aktuell beschäftigt sich die Kulturkommission damit, wie eine entsprechende Ausschreibung/Call für Künstler*innen gestaltet und wie die laufende Trägerschaft konzipiert werden könnte.

Die Relevanz des Bücherschranks für den Bezirk steht für mich außer Frage und ich hoffe, dass wir schon bald eine gute Lösung gefunden haben werden.

Grätzlgespräche werden wieder stattfinden:

Es wird 5 Termine im Jahr 2021 geben, 3 davon mit Expert*innen der Stadt zu Schwerpunktthemen und 2 offene Grätzlgespräche.

Votivpark

Der Jänner hat am Alsergrund ganz viel Spielplatzspaß im Votivpark gebracht. Der Spielplatz im Votivpark wurde saniert und steht allen seit Jänner wieder zur Verfügung. Das bedeutet: alle Spielgeräte wurden durch neue ersetzt und außerdem gibt es jetzt auch ein tolles Wasserspiel mit Sandplatz!

Außerdem ein Klettergerüst, eine Rutsche, eine Nestschaukel, ein Wipptierchen und zwei Kleinkinderschaukeln warten schon auf euch. Ich war bereits vor Ort und habe mir den Spielplatz angeschaut: er sieht großartig aus!

Übergang Marktgasse

Wie bereits in der Vergangenheit berichtet, stand die Volksschule Marktgasse vor der Herausforderung, dass die zwei Gebäude baulich nicht miteinander verbunden sind. Das hat leider dazu geführt, dass die Kinder – je nach Witterung – auch mal nasse Füße hatten, wenn sie in von Gebäude A nach Gebäude B wechseln mussten. Ich hatte dazu einige Gespräche mit der Schulleitung, aber auch mit den zuständigen Fachabteilungen. Es freut mich sehr, dass wir hier für dieses Problem eine Lösung gefunden haben: Nämlich einen Verbindungsgang. So können die Schüler*innen unbeschwert durch die zwei Bauten hin und her wechseln, ohne nasse Füße zu bekommen. Baubeginn für den Gang ist Ende März. Ende Mai soll er fertiggestellt sein.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Testungen am Alsergrund

Gratis Schnelltests am Alsergrund!

Ab sofort werden in der Vindobona-Apotheke, Bahnhof-Apotheke, Apotheke zum goldenen Elephanten, Auge-Gottes-Apotheke, Löwen-Apotheke, Apotheke "Zur Austria", St. Anna-Apotheke, Salvator-Apotheke kostenlose COVID-Schnelltests angeboten.

Schnupfenbox am Spittelauer Platz

Seit letzter Woche hat auch im Kolin, in Kooperation mit der St. Martin Apotheke, die erste Corona-Teststraße am Alsergrund eröffnet. Die offiziellen Testungen werden fachgerecht, kostenlos und unkompliziert direkt im Lokal durchgeführt. Das Ergebnis wird nach dem testen per SMS zugestellt.

Die Teststraße ist jeweils Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr und Samstag von 9 bis 14 Uhr geöffnet und ab 11 Uhr gibt es auch Speisen zum Mitnehmen. Eine Anmeldung zur Testung ist nicht notwendig.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die dazu beitragen, dass wir in dieser Pandemie sicher, schnell und verlässlich getestet werden können. Bitte nutzen Sie die Vielzahl an Angeboten,

Lazarettgasse

In der Lazarettgasse reichten die parkenden Autos teils so weit in den Mehrzweckstreifen, was regelmäßig zu gefährlichen Situationen mit Radfahrer*innen führte. Der Mehrzweckstreifen wurde mittlerweile verbreitert. Damit können Radfahrende sicherer ihren Wegen nachgehen.

Baumpflanzungen Dreihackengasse:

Es werden 6 Bäume im ersten Halbjahr gepflanzt.

Die Baumpflanzungen sollen noch vor dem Sommer erfolgen.

Schubertbrunnen

Mittlerweile ist die Ausschreibung für die Sanierung draußen. Der Brunnen steht unter Denkmalschutz und muss inkl. Unterbau saniert werden, da die sog. Brunnenstube schwer beschädigt ist. Es ist also ein größeres Projekt. Die Arbeiten werden im Frühjahr beginnen, dann wird der Brunnen komplett abgebaut, saniert und neu aufgebaut. Leider gab es Verzögerungen der Sanierung wegen Corona.

Wasserspielplatz Lichtentalerpark:

Die Planungen sind in vollem Gange: Ich bin sehr zuversichtlich, dass das Wasserspiel im Sommer bereits umgesetzt sein wird.

LED it Shine im Neunten – Umtausch Straßenbeleuchtung

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

U-Bahn-Bau

Gemeinschaftsgarten bei der Roßauer Lände

Hundezone bei der Roßauer Lände

Zu den Mitteilungen der Bezirksvorsteherin wird keine Debatte begehrt.

3. Geschäftsstücke

3.1. FA 1105343/20/2– MA 7

Voranschlag 2021 - Notkompetenz

Sonstige kulturelle Maßnahmen – sonstige Transfers an private Haushalte

- 1) Genehmigung eines neuen Kredites bedeckt in Kürzung der Mittelverwendung auf einer anderen Gruppe desselben Ansatzes

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0907/768 960

€ 35.000,--

Berichterstatterin: BRⁱⁿ Claudia O'Brien, BA

Namen der Debattenredner*innen: BR Amhof (FPÖ, Abstimmung)

Beschluss:

Das Geschäftsstück wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP, NEOS und LINKS angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

3.2. FA 139356/21/1 – MA 42

Voranschlag 2021

09., Zimmermannplatz ONr. 1

1) Genehmigung eines neuen Kredites bedeckt in Kürzung der Mittelverwendung auf einer anderen Gruppe desselben Ansatzes

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0942/060.966.11*

€ 51.000,--

2) Sachkreditgenehmigung

a.) Gesamtkosten - € 61.000,--

b.) Jahresrate 2021 - € 51.000,--

Berichterstatterin: BRⁱⁿ Claudia O'Brien, BA

Namen der Debattenredner*innen: BR Amhof (FPÖ, Abstimmung)

Beschluss:

Das Geschäftsstück wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP, NEOS und LINKS angenommen.

3.3. FA 193518/21/1 – MA 42

Finanzjahr 2021

Donaukanal, Stiegenanlagen – Topf 5b

1) Sachliche Genehmigung

Haushaltskonto 1/0942/006.960.91*

€ 446.300,--

Berichterstatterin: BRⁱⁿ Claudia O'Brien, BA

Zu diesem Geschäftsstück wird keine Debatte begehrt.

Beschluss:

Das Geschäftsstück wird einstimmig angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

3.4. FA 243616/21/1 – MA 7

Voranschlag 20201

Kulturelle Aktivitäten

1) Genehmigung eines neuen Kredites bedeckt in Kürzung der Mittelverwendung auf einer anderen Gruppe desselben Ansatzes

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0907/750 960 um € 100,--

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0907/752 960 um € 100,--

Überschreitung der neu zu eröffnenden Haushaltsstelle 1/0907/755 960 um € 100,--

Berichterstatterin: BRⁱⁿ Claudia O'Brien, BA

Zu diesem Geschäftsstück wird keine Debatte begehrt.

Beschluss:

Das Geschäftsstück wird einstimmig angenommen.

4. Anfragen gemäß § 23 GO-BV

4.1. Schriftlich beantwortete Anfragen aus der vorangegangenen Sitzung

4.1.1. BV09 - S 1159491/2020: Genehmigung der Gebäudehöhe in der Seegasse

4.1.2. BV09 - S 1169842/2020: Verkehrskonzept Bauarbeiten Althanquartier

4.1.3. BV09 - S 1169879/2020: U-Bahnbaustelle Frankhplatz

4.1.4. BV09 - S 1169898/2020: Solar-Mistkübel Bauernfeldplatz

Zu den schriftlich beantworteten Anfragen aus der vorangegangenen Sitzung wird keine Debatte begehrt.

4.2. Neue Anfragen, die zu dieser Sitzung eingebracht wurden

4.2.1. BV09-S 242295/2021 – Baumfällungen Universitätsstraße

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

4.2.2. BV09-S 242308/2021 – Gendersensible Investitionen in öffentlichen Parkanlagen

Die Bezirksvorsteherin beantwortet die Anfrage mündlich in dieser Sitzung.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BRⁱⁿ O'Brien (SPÖ), BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Molitor-Ruckenbauer (Grüne), BR Wöß (Grüne), BVⁱⁿ Ahmad (SPÖ)

4.2.3. BV09-S 242312/2021 – Wegbenennung nach Olga Misar

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

4.2.4. BV09-S 254817/2021 – Hörlgasse

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

4.2.5. BV09-S 242336/2021 – Kindergartenplätze und Betreuungsschlüssel

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

4.2.6. BV09-S 242327/2021 – Vorgaben zur Errichtung von Fahrradabstellplätzen

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

4.2.7. BV09-S 242346/2021 – Perspektiven für den Servitenplatz als temporärer Marktplatz

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

4.2.8. BV09-S 238423/2021 – Leerstand von Geschäftslokalen

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

4.2.9. BV09-S 238425/2021 – Neugestaltung Hörlgasse

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

4.2.10. BV09-S 238427/2021 – mögliche Gefährdung des Hosenträgerhauses

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich bzw. mündlich in der nächsten Sitzung zu beantworten.

5. Resolutionen

Die Bezirksrät*innen O'Brien (SPÖ) und Wöß (Grüne) bringen folgende Resolution ein:

BV-237742/2021 - Kinderrechte schützen und Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen aus Geflüchtetenlagern.

Auf dem Boden der Europäischen Union spielt sich vor unser aller Augen eine humanitäre Katastrophe ab. Aufgrund der Untätigkeit der EU-Mitgliedsstaaten leben tausende Geflüchtete seit Jahren unter menschenunwürdigen Zuständen in Lagern - u.a. auf den griechischen Inseln. Mit der COVID-19-Pandemie und seit dem Brand im Flüchtlingslager Moria hat diese Krise nun einen neuen Höhepunkt erreicht.

Nach dem Großbrand in dem hoffnungslos überfüllten Lager Moria in der Nacht auf den 9. September 2020 wurden rund 12.600 Menschen obdachlos, darunter tausende Kinder. Die Situation der Geflüchteten hat sich in dem als Ausweichlager errichteten Kara Tepe noch weiter verschlechtert:

Es gibt keine winterfesten Unterkünfte, kein sauberes, fließendes Wasser, nicht ausreichend zu essen und keine adäquaten Sanitäreinrichtungen. Bereits mehrmals wurden Teile des Lagers, das direkt am Meer auf einem ehemaligen militärischen Übungsgelände liegt, überflutet.

Der Winter hat die Lage der Menschen nun noch weiter verschlimmert. Zahlreiche NGOs fordern die sofortige Evakuierung von Kara Tepe sowie der anderen Elendslager auf den griechischen Inseln.

Zusätzlich bieten die Verhältnisse in den Lagern keinen Schutz gegen die Ausbreitung von COVID-19: Es können weder Sicherheitsabstände eingehalten noch Hygienemaßnahmen, wie regelmäßiges Händewaschen, umgesetzt werden. Dazu kommt, dass in den Lagern viele Angehörige besonders vulnerabler Gruppen leben, die über keinen Zugang zu ausreichend medizinischer Versorgung verfügen. Um eine Gesundheitskatastrophe zu verhindern plädiert das EU-Parlament daher seit Mitte März dafür, die Menschen in den Lagern umgehend zu evakuieren. Die Verhältnisse sind in jeder Hinsicht lebensbedrohlich.

Während sich bereits zehn EU-Staaten, darunter das kleine Land Luxemburg, bereit erklärt haben, Geflüchtete aus den Lagern aufzunehmen, verweigern der Bundesminister für Europäische und internationale Angelegenheiten sowie der Bundesminister für Inneres bisher eine solche humanitäre Geste. Gleichzeitig drängen immer mehr Österreicher*innen und zahlreiche NGOs auf ein humanes Vorgehen und eine Beteiligung an der Aufnahme von Geflüchteten. Mehrere Gemeinden im ganzen Land haben sich bereit erklärt, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen, angemessen unterzubringen und zu versorgen.

Eine Erhebung der Initiative „Courage – Mut zur Menschlichkeit“ zeigt, dass es weit über 3.000 sichere Plätze in Österreich gibt, wo Menschen untergebracht werden könnten. Darunter befinden sich viele Plätze für Kinder, Jugendliche oder ganze Familien, die den gesetzlichen Bestimmungen (z. B. für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen) entsprechen und wo eine passende Infrastruktur (Kindergarten,

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Schulen etc.) vorhanden ist. Es handelt sich also nicht bloß um einen Schlafplatz, sondern um ein nachhaltiges und umfassendes Angebot.

Für großen Unmut sorgte die Abschiebung von drei Schülerinnen (Tina, Sona und Ashot) und ihren Familienangehörigen nach Georgien bzw. Armenien, während einer weltweiten Pandemie.

Innenminister Nehammer hat hier ganz klar das Kindeswohl missachtet und Kinder, die in Österreich geboren wurden aus der Mitte der Gesellschaft gerissen, obwohl er hier die Möglichkeit, humanitäres Bleiberecht zu gewähren, und die Pflicht, das Kindeswohl vorrangig zu prüfen, gehabt hätte.

Wenn wir uns alle hinter der Idee versammeln, dass Kinder, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, auch einen gesicherten Aufenthalt haben sollen, dann gehen wir den Schritt und verleihen allen hier aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen die Staatsbürger*innenschaft. Es braucht ebenso effektive Regelungen für ein humanitäres Bleiberecht – inklusive Handlungsmöglichkeiten für Länder und Gemeinden –, damit solche Fälle nie wieder vorkommen.

Der Alsergrund fordert den Innenminister auf, seine Verantwortung für die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention wahrzunehmen.

Erst im September 2020 hat sich die Bezirksvertretung Alsergrund zu den Forderungen der Sicherer Häfen bekannt. Stellen wir am Alsergrund die Menschlichkeit in den Vordergrund und leisten wir gemeinsam einen Beitrag, der den Betroffenen hilft, Erstaufnahmeland unterstützt und eine geordnete Aufnahme von Geflüchteten sicherstellt.

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich daher für folgende Punkte aus:

- Der Bezirk Alsergrund bekennt sich zur freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten und erwartet sich von Bundesminister Schallenberg und Bundesminister Nehammer, dem nachzukommen und die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.
- Der Bezirk Alsergrund drückt seine Bereitschaft aus, Geflüchtete aufzunehmen und adäquat zu versorgen.
- Der Bezirk Alsergrund spricht sich für einen generellen und sofortigen Abschiebestopp während einer weltweiten Pandemie aus und erwartet sich von Bundesminister Nehammer, dass er sich zur Einhaltung der Kinderrechtskonvention bekennt.
- Der Bezirk Alsergrund bekennt sich zum humanitären Bleiberecht und zur Rücknahme der grausamen Abschiebungen und erwartet sich vom Bundesminister für Inneres ein dementsprechendes Handeln.
- Der Bezirk Alsergrund bekennt sich zu einem Staatsbürger*innenrecht, welches es ermöglicht, dass Kinder, die in Österreich aufgewachsen sind, ein Recht auf Einbürgerung haben.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

- Der Bezirk spricht sich für die Wiedereinführung von Härtefallkommissionen zur Prüfung der Erteilung des humanitären Bleiberechts auf Länder- und Gemeindeebene aus.
- Der Bezirk Alsergrund erwartet die Berücksichtigung des Kindeswohls in allen Verfahren und eine vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der österreichischen Verfassung.

Die Verlesung der Resolution wird begehrt. Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Wöß (Grüne, 2x), BR Prucher (NEOS), BRⁱⁿ Winiecka (LINKS), BRⁱⁿ O'Brien (SPÖ), BR Amhof (FPÖ, 2x), BR Maurer (SPÖ)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, NEOS und LINKS angenommen.

Die Bezirksrät*innen O'Brien (SPÖ) und Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) bringen folgende Resolution ein:

BV-237744/2021 - Für einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende!

Unzählige Menschen leisten in Österreich mit ihrer Blutspende Jahr für Jahr einen Beitrag zum Gesundheitssystem und helfen mit, Leben zu retten! Rund eine halbe Million Blutspenden müssen laut Angaben des Roten Kreuzes jährlich aufgebracht werden. Immer wieder suchen Blutspendeorganisationen daher dringend nach Freiwilligen und gerade in Zeiten von COVID-19 ist der Beitrag von Spender*innen für unser Gesundheitssystem wichtiger denn je. Trotzdem werden schwule, bisexuelle Männer, sowie transidente Personen noch immer bewusst daran gehindert, Blut zu spenden.

Statt nach dem persönlichen Risikoverhalten von potentiellen Spender*innen zu fragen, entscheidet in Österreich noch immer die sexuelle Orientierung darüber, wer einen Beitrag zu unserem Gesundheitssystem leisten kann. Männer, die in den letzten 12 Monaten Sex mit einem Mann hatten (MSM), werden automatisch ausgeschlossen – das bedeutet ein De-Facto-Blutspendeverbot für Schwule und bisexuelle Männer. Auch transidente Personen erleben diesen Ausschluss in vielen Fällen. Und das obwohl schon heute alle Blutspenden auf mögliche Krankheiten getestet werden. Ende Februar 2021 hat das Gesundheitsministerium zwar angekündigt, die Sperrfrist von Männern, die Sex mit Männern haben, auf 4 Monate zu senken – die generelle Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung bleibt damit aber weiter bestehen. Jedes monogame, schwule Paar darf auch unter der neuen Regelung nicht Blutspenden, an der Situation von Transgenderpersonen ändert sich gar nichts. Mit dieser Diskriminierung muss im Jahr 2021 endlich Schluss sein!

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Seit Jahren wird in Österreich über das Ende dieses Ausschlusses von der Blutspende diskutiert. Die Abschaffung dieser Diskriminierung wurde bisher aber stets vertagt. Währenddessen machen Länder wie Bulgarien, Lettland, Portugal, Spanien oder erst seit kurzem auch Ungarn keinen Unterschied mehr aufgrund der sexuellen Orientierung von Spender*innen – dort zählt das individuelle Verhalten und nicht die eigene Geschlechtsidentität und das Geschlecht der Sexpartner!

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, die Diskriminierung bei der Blutspende endlich beenden muss und einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in der Blutspendeverordnung verankern soll!

Die Verlesung der Resolutionen wird begehrt. Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Wöß (Grüne), BR Maurer (SPÖ), BRⁱⁿ Mras (SPÖ), BR Mayrhofer-Grünbühel (NEOS), BR Doubek (Grüne), Fuchs El. (ÖVP), BR Markus Delitz (SPÖ)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, ÖVP, NEOS, LINKS und FPÖ angenommen.

Die Bezirksrät*innen Wöß (Grüne) und O'Brien (SPÖ) bringen folgende Resolution ein:

BV-237745/2021 - Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten

Der Beschluss der Bundesregierung die Besteuerung auf alle Menstruationsprodukte zu halbieren (Tampon Tax von 20 % auf 10%) ist ein erster sehr wichtiger Schritt, die Periodenarmut zu bekämpfen. Jedoch müssen weitere Schritte wie beispielsweise in Schottland folgen: Schottland ist das erste Land der Welt, das allen Frauen und Menschen, die menstruieren, kostenlose Menstruationsprodukte zur Verfügung stellt. Dies gilt insbesondere für öffentliche Toiletten, in Bibliotheken, Hochschulen oder Schulen. In Neuseeland gibt es bereits ähnliche Pläne.

Im Schnitt geben Frauen und Menschen mit Uterus im Leben rund 20.000,- Euro für Menstruationsprodukte aus. Allerdings können sich das längst nicht alle leisten. Besonders stark von Periodenarmut sind obdachlose Frauen und Menschen, die menstruieren, betroffen.

Aber auch an Schulen ist es wichtig, dass die Menstruation enttabuisiert wird und jungen Frauen, vor allem wenn sie von zu Hause wenig Unterstützung oder Geld erhalten, Hygieneartikel kostenlos zur Verfügung gestellt werden, um auch die Familien zu entlasten.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Deshalb spricht sich die Bezirksvertretung Alsergrund dafür aus, dass Menstruationsprodukte in biologischer Qualität in allen von der Stadt Wien geförderten Sozialeinrichtungen, in öffentlichen Gebäuden und an den Schulen am Alsergrund kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die Verlesung der Resolution wird begehrt. Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Amhof (FPÖ, Abstimmung)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP, NEOS und LINKS angenommen.

Die Bezirksrät*innen Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) und O'Brien (SPÖ) bringen folgende Resolution ein:

BV-237747/2021 - Ethikunterricht für alle

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich für die Einführung eines Ethikunterrichtes in jeder Schule mit Öffentlichkeitsrecht als Pflichtfach für alle SchülerInnen von der 1. bis zur 12./13. Schulstufe aus, welcher entkoppelt vom konfessionellen Religionsunterricht durchgeführt werden soll.

Die Forderungen des erfolgreichen „Ethik für alle“ Volksbegehrens sollen bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

Der Alsergrund ist ein Bezirk dessen Einwohner die religiöse Vielfalt einer Weltstadt widerspiegeln und auch Menschen ohne religiöses Bekenntnis sind in unserem Bezirk stark vertreten. Ein bundesweit eingeführter gemeinsamer Ethikunterricht soll den Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht werden, welche durch das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem ethnischen-, kulturellen-, und religiösen Hintergrund gekennzeichnet ist; das Zusammenleben und gegenseitige Verständnis sollen gefördert werden durch einen gemeinsamen Austausch zu ethischen Fragestellungen in der Schule, daher ist es wichtig diesen Unterricht nicht nur für jene SchülerInnen verpflichtend zu führen, welche keinen konfessionellen Unterricht besuchen.

Die Verlesung der Resolution wird begehrt. Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ Fuchs El. (ÖVP, Abstimmung)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, NEOS, LINKS und FPÖ angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrätin Winiecka (LINKS) bringt folgende Resolution ein:

BV-237749/2021 - Abschiebestopp Jetzt - Schubhaftzentren schließen!
Alsergrund ist "Sicherer Hafen"!

Die Bezirksvertretung am Alsergrund spricht sich für folgende Punkte aus:

- **die sofortige Beendigung von Abschiebungen**
- unabhängig von Herkunft, Alter, sogenannter Integration, Pandemien oder sonstigen Kriterien
- **die sofortige Beendigung von Schubhaft**
- unabhängig von Herkunft, Alter, sogenannter Integration, Pandemien oder sonstigen Kriterien
- **die dauerhafte Schließung von Schubhafteinrichtungen**

Die Verlesung der Resolution wird begehrt. Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Mayrhofer-Grünbühel (NEOS, Abstimmung)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, und LINKS angenommen.

Bezirksrätin Winiecka (LINKS) bringt folgende Resolution ein:

BV-237750/2021 - Entlastung der Mieter*innen während Covid-19

Ende März 2021 endet die Frist für den Mietaufschub für 3 Monatsmieten für Mieter*innen, die durch die Covid-19 Pandemie in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sind¹. Mit Stand Jänner 2021 waren in Wien 186 000 Menschen ohne Erwerbsarbeit und 60 000 in Kurzarbeit². Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betroffenen ist auch nach dem Auslaufen der vorgenannten Regelung unverändert. Wird die Mietforderung tatsächlich schlagend, sind in Wien tausende Menschen von der Delogierung bedroht.

- Delogierungen haben auch außerhalb der Zeiten der Pandemie schreckliche Auswirkungen auf die Betroffenen. Armut und Obdachlosigkeit verhindern nachhaltig den Wiedereinstieg ins soziale Leben. Delogierungen müssen immer, aber vor allem in der kalten Jahreszeit, verhindert werden. Mit einem Delogierungsstopp nimmt Wien eine Vorreiterrolle zur Eindämmung der unverschuldeten Wohnungslosigkeit ein.
- Die Mieten steigen in Wien weiterhin kontinuierlich an. Wohnungssuchende finden am freien Markt nur schwer Wohnungen mit einer Miete unter 14 Euro pro Quadratmeter. Kautionshöhen liegen oft bei drei bis sechs Monatsmieten. Um die Suche einer Wohnung zu erleichtern und die Wohnungssuchenden vor zu hohen

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Kosten zu schützen, wären die Kautionsforderungen von Mieter*innen zu untersagen.

- Nicht bezahlte Mieten für die Monate April, Mai, Juni 2020 der durch die Pandemie in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigten Mieter*innen wurden bis Ende März 2021 gestundet, also nicht aufgehoben. Diese leider nur kurzzeitige Entlastung von Mieter*innen bezieht sich allerdings nur auf die oben erwähnten drei Monate und berücksichtigt nicht die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des 2. Lockdowns und 3. Lockdowns. LINKS Alsergrund setzt sich daher für eine endgültige Entlastung der Mieter*innen während der gesamten gesetzlichen Covid-19-Einschränkungen ein, die über eine bloße Stundung der Miete hinausgeht.
- Außerdem brachten und bringen für viele Kleinunternehmen die von der Regierung bestimmten Schließungen von Geschäften und Unternehmen existenzielle Notlagen und in deren Gefolge für viele Arbeitnehmer*innen Kurzarbeit und Kündigungen. Auch diese Klein- und Mittelbetriebe müssen von den Mieten voll entlastet werden.
- Während der Corona-Krise sind die Einkommen aus Kapital, im Gegensatz zu den Einkommen aus Löhnen und Gehältern, gestiegen. Besitz von Immobilien ist durch die Pandemie nicht gefährdet. Sollten tatsächlich Besitzer*innen einzelner Häuser (z.B.: durch Hauskauf auf Kreditbasis) durch das Aussetzen der Mietforderungen in wirtschaftliche Not geraten, wären die Banken zu einer Kreditstundung zu verpflichten oder allenfalls ein Fonds einzurichten.

Die Bezirksvertretung Alsergrund bekennt sich deshalb:

- zum sofortigen Delogierungsstopp in Wien.
- zur Untersagung von Kautionen für Mieter*innen.
- zur Erlassung von Miet- und Hypothekenzahlungen während der gesamten gesetzlichen Covid-19-Einschränkungen.
- zur automatischen Verlängerung auslaufender Mietverträge während der Covid-19-Pandemie um die Dauer der ersten Befristung.
- gegen Kündigungen von Mietverträgen wegen Mietrückständen während der Covid-19-Einschränkungen außerhalb der Monate April bis Juni 2020.

Die Verlesung der Resolution wird begehrt. Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Garstenauer (Grüne), BR Mayrhofer-Grünbühel (NEOS), BR Maurer (SPÖ), BR Kofler (Grüne)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, 10 Stimmen der Grünen und LINKS angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrat Amhof (FPÖ) bringt folgende Resolution ein:

BV-237752/2021 - Ja zur Versammlungsfreiheit

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich für das grundsätzlich uneingeschränkte Recht aller Österreicher aus, sich ungehindert privat oder in der Öffentlichkeit zu versammeln. Ins besonders Demonstrationen, die mindestens 48 Stunden vor ihrem Beginn der jeweilig zuständigen Behörde mit Bekanntgabe des Zweckes, des Ortes und der Zeit der Versammlung schriftlich angezeigt werden müssen auch in Zeiten einer Pandemie stattfinden können.

Eine Versammlung kann durch die zuständige Behörde nur untersagt werden, wenn diese dem Strafgesetz zuwiderläuft oder die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet. Ansonsten kann eine Versammlung nur dann untersagt werden, die der politischen Tätigkeit von Drittstaatsangehörigen dient und den anerkannten internationalen Rechtsgrundsätzen und Gepflogenheiten oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen, den demokratischen Grundwerten oder außenpolitischen Interessen der Republik Österreich zuwiderläuft.

Bei all diesen Untersagungsmöglichkeiten muss auf die Verhältnismäßigkeit und die genaue Abwägung der Rechtsgüter geachtet und im Zweifel der Versammlungsfreiheit der Vorzug — wenn auch unter Auflagen — gewährt werden.

Die Verlesung der Resolution wird begehrt. Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ O'Brien (SPÖ, Abstimmung), BR Mayrhofer-Grünbühel (NEOS)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP, 2 Stimmen der NEOS und LINKS abgelehnt.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 18:52 Uhr.

Der Vorsitzende nimmt die Sitzung um 19:10 Uhr wieder auf.

6. Anträge gemäß § 24 GO-BV

Die Bezirksrät*innen O'Brien (SPÖ), Fuchs El. (ÖVP) und Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) bringen folgenden Antrag ein:

BV-237754/2021 - Smarte öffentliche Infrastruktur

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht die Errichtung von Smartbänken und intelligenten Mehrzweckladesäulen am Alsergrund zu prüfen. Die Ergebnisse inkl. Kostenschätzung sind dem Umweltausschuss vorzulegen.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ Mras (SPÖ, 2x), BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Molitor-Ruckenbauer (Grüne), BRⁱⁿ O'Brien (SPÖ, 2x), BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BR Maurer (SPÖ, 2x), BRⁱⁿ Kauf (SPÖ), BR Wöß (Grüne)

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, ÖVP, NEOS und FPÖ angenommen.

Die Bezirksrät*innen O'Brien (SPÖ) und Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) bringen folgenden Antrag ein:

BV-237755/2021 - Sportliche Himmelfortstiege

Die zuständigen Magistratsabteilungen sollen überprüfen, ob eine Beschriftung (siehe Bild), die auf die gesundheitlichen Vorteile des Stiegensteigens aufmerksam macht, auch auf der Himmelfortstiege möglich ist und eine Kostenschätzung an den Umweltausschuss übermitteln.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Doubek (Grüne), BVⁱⁿ-Stv. Sapetschnig (SPÖ)

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, ÖVP, NEOS und FPÖ angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrat Wöß (Grüne) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237756/2021, Platzbenennung vor MedUni Campus Mariannengasse

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden beauftragt, den derzeit namenlosen Platz vor dem künftigen MedUni Campus der von Rummelhardtgasse, Höfergasse und Nadlergasse umschlossen wird, nach einer Medizinerin zu benennen. Die Namensfindung soll in Zusammenarbeit der Kulturkommission und der Medizinischen Universität Wien erarbeitet werden. In formaler Hinsicht wird der Antrag daher der Kulturkommission zugewiesen.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ Schmid (Grüne),

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP, NEOS und LINKS angenommen.

Bezirksrat Wöß (Grüne) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237758/2021, Kein Park/Spielplatz am Alsergrund mehr ohne öffentliche Toilette!

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, die ganzjährige Aufstellung von Trockentoiletten (wie zB öKlos) an folgenden Standorten zu prüfen und umgehend umzusetzen:

- Sigmund-Freud-Park
- Motivpark
- Spielplatz Schlickplatz
- Zimmermannplatz/Heinz-Heger Park
- Arne Karlsson Park
- Lichtentaler Park

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Zwickelsdorfer (SPÖ, 2x), BRⁱⁿ Torres Venegas (Grüne), BR Raab (ÖVP), BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Molitor-Ruckenbauer (Grüne)

Die Zuweisung des Antrages in den Umweltausschuss wird in der Sitzung beantragt.

Beschluss:

Dem Antrag auf Zuweisung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, ÖVP, NEOS und FPÖ angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrat Wöb (Grüne) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237759/2021, Gendersensible Prüfung/Planung Arne-Karlsson-Park

Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, den Arne-Karlsson-Park dahingehend zu überprüfen, welche Konzepte für eine gendersensiblere Gestaltung hier realisierbar sind, ohne bestehende Nutzungen einzuschränken. Die Vorschläge und Kostenschätzungen sind im Umweltausschuss zu erörtern und ggf. schrittweise umzusetzen. In die Diskussion von Konzepten und etwaige Planungen sind die Jugendzentren und Nutzer*innen miteinzubeziehen.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BR Raab (ÖVP), BRⁱⁿ O'Brien (SPÖ)

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP, NEOS und LINKS angenommen.

Bezirksrat Wöb (Grüne) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237760/2021, Ganztägige Betreuung für schulpflichtige Kinder

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht den zuständigen Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz und die zuständigen magistratischen Dienststellen entsprechende Maßnahmen zu setzen, dass die Ungleichbehandlung tausender Wiener Kinder beim Besuch von ganztägigen Betreuungsformen, gleich ob Ganztagschule mit verschränkter oder getrennter Abfolge des Unterrichts, schulische Tagesbetreuung oder Hort ab dem Schuljahr 2021/22 ein Ende hat. Ebenso ist dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig die „Berufstätigkeit der Eltern“ kein Auswahlkriterium für eine Aufnahme sein soll. Ein Ausbau der verschiedenen Möglichkeiten ist daher anzustreben, um eine kostenlose Wahlmöglichkeit für alle Eltern herzustellen.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Schwendtner (Grüne), BRⁱⁿ Lugert (ÖVP),

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP, 2 Stimmen der NEOS und LINKS angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrat Wöß (Grüne) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237761/2021, Erhalt FrauenLesbenMädchen-Migrantinnenzentrum im WUK

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Stadträt_innen alles dafür Notwendige zu veranlassen, dass das autonome FrauenLesbenMädchen-Migrantinnenzentrum im WUK, das eine wichtige feministische Einrichtung für ganz Wien ist, während und nach der Sanierung des WUK Gebäudes am Standort erhalten bleiben und die autonome selbstverwaltete Nutzung gewährleistet wird.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ O'Brien (SPÖ), BRⁱⁿ Kreutz (Grüne, 2x), BRⁱⁿ Mras (SPÖ), BVⁱⁿ Ahmad (SPÖ)

Beschluss:

Der Antrag wird mit den Stimmen der Parteien SPÖ, ÖVP, NEOS und FPÖ abgelehnt.

Bezirksrat Wöß (Grüne) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237762/2021, Verlängerung des Winterpaketes für Obdachlose

Der zuständige Sozialstadtrat Peter Hacker wird ersucht, das alljährliche Winterpaket aufgrund der aktuellen Covid-Situation im Jahr 2021 um 6 Monate zu verlängern und die Notquartiere für Obdachlose somit ganzjährig zur Verfügung zu stellen.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Die Bezirksrät*innen Fuchs El. (ÖVP) und O'Brien (SPÖ) bringen folgenden Antrag ein:

BV-237766/2021, Neugestaltung des Julius-Tandler-Platzes

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht Pläne inklusive eines möglichen Zeitplans für die Neugestaltung des Julius-Tandler-Platzes zu erstellen. Ebenso soll geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt im weiteren Planungsprozess die Alsergrunder Bezirksbevölkerung einzubinden. Die Ergebnisse sowie eine Kostenschätzung soll der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Riedl (SPÖ, 2x), BRⁱⁿ Fuchs El. (ÖVP), BRⁱⁿ Schmid (Grüne)

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Bezirksrät*innen Fuchs El. (ÖVP) und Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) bringen folgenden Antrag ein:

BV-237763/2021, Befragung Servitengasse

Der zuständige Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky wird gemeinsam mit der zuständigen magistratischen Dienststelle ersucht, eine ergebnisoffene Befragung der Anrainerinnen und Anrainer sowie Wirtschaftstreibenden über die Neugestaltung der Servitengasse durchführen zu lassen. Die Vorbereitung (Fragestellung, Radius der Befragung) soll in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission ausgearbeitet werden. Das Ergebnis der Befragung soll als Grundlage für die weitere Gestaltung herangezogen werden.

Bezirksrätin O'Brien (SPÖ) bringt in der Sitzung folgenden Abänderungsantrag dazu ein:

BV-238415/2021, ~~Befragung~~ Partizipationsprozess Servitengasse

Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung ~~Der zuständige Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky wird gemeinsam mit der zuständigen magistratischen Dienststelle ersucht, eine ergebnisoffene Befragung~~
einen umfassenden Partizipationsprozess zur Fußgänger*innenzone Servitengasse durchzuführen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Gemeinsam mit den Anrainer*innen, **Nutzer*innen** sowie Wirtschaftstreibenden ~~über die Neugestaltung der Servitengasse durchführen zu lassen~~ **sollen in einer Arbeitsgruppe die Rahmenbedingungen sowie die Ausgestaltung entwickelt werden.** ~~Die Vorbereitung (Fragestellung, Radius der Befragung) soll in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission ausgearbeitet werden. Das Ergebnis der Befragung soll als Grundlage für die weitere Gestaltung herangezogen werden.~~

Dieses Projekt könnte, wenn es aus Sicht der Arbeitsgruppe notwendig ist, am Ende einer Befragung unterzogen werden. Unter Anbetracht der aktuellen Pandemie wird die Durchführung von Online-Partizipationsmöglichkeiten, wie es die GB* bereits beim Projekt „Thaliastraße“ erprobt hat, empfohlen.

Die erstantragsstellenden Parteien (ÖVP und NEOS) stimmen der Einbringung eines weiteren Abänderungsantrages der Grünen in die Sitzung nicht zu. Damit wird er auch nicht zur Behandlung zugelassen.

Die Verlesung der Anträge wird begehrt. Über die Anträge wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ Grasl (Grüne), BVⁱⁿ-Stv. Sapetschnig (SPÖ), BR Mayrhofer-Grünbühel (NEOS), BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Molitor-Ruckenbauer (Grüne), BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BVⁱⁿ Ahmad (SPÖ), BR Wöß (Grüne), Fuchs El. (ÖVP, Schlusswort)

Beschluss:

Der **Abänderungsantrag** wird **einstimmig angenommen.**

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 20:53 Uhr.

BR Amhof verlässt die Sitzung um 20:57 Uhr

Der Vorsitzende nimmt die Sitzung um 21:10 Uhr wieder auf.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrätin Fuchs El. (ÖVP) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237765/2021, Angleichung des Platzniveaus vor der Servitenkirche

Die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht bei größeren Bauprojekten, die den Platz vor der Servitenkirche betreffen und welche aufgrund von Aufgrabungsarbeiten eine Wiederherstellung erfordern, darauf zu achten, dass dann eine Angleichung des Platzniveaus mit der Kirche, der Grüentorgasse sowie der Servitengasse erfolgt.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BVⁱⁿ-Stv. Sapetschnig (SPÖ), BR Doubek (Grüne), BRⁱⁿ Lugert (ÖVP)

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, 1 Stimme der NEOS und LINKS abgelehnt.

Bezirksrätin Fuchs El. (ÖVP) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237767/2021, Bericht U-Bahn-Ausbau U2/U5 am Alsergrund

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, im Rahmen der kommenden Bezirksvertretungssitzungen am Alsergrund (im Zeitraum der Bauarbeiten des U-Bahn-Ausbaus) einen Vertreter / eine Vertreterin zu entsenden, welche(r) über den aktuellen Stand der Planungen und Bauarbeiten des U-Bahn-Ausbaus U2/U5 sowie der damit in Zusammenhang stehenden Oberflächengestaltung berichtet. Ebenso soll es die Möglichkeit geben, dass die Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen diesbezügliche Fragen stellen können.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrätin Fuchs El. (ÖVP) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237768/2021, Prüfung von Baumpflanzungen beziehungsweise Aufstellung von Baumcontainern in der Simon-Denk-Gasse

Die zuständigen magistratischen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob Baumpflanzungen beziehungsweise eine Aufstellung von Baumcontainern in der Simon-Denk-Gasse zwischen den Ordnungsnummern 1 bis 3 auf der gepflasterten Fläche zwischen dem Gehsteig und der Parkspur möglich ist. Die Ergebnisse und Kosten sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bezirksrätin Fuchs El. (ÖVP) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237769/2021, Schließung der Ballspielkäfige bei der Schule im Park in der Nacht

Die zuständige Magistratsabteilung 42 wird ersucht zu prüfen, ob es die Möglichkeit gibt die Ballspielkäfige bei der Schule im Park (Arne-Carlsson-Park) in den Nachtzeiten zu versperren. Die Ergebnisse, inklusive einer Kostenschätzung, sollen dem Umweltausschuss präsentiert werden.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BR Rendl (SPÖ), BR Raab (ÖVP), BRⁱⁿ Kreutz (Grüne, 2x), BVⁱⁿ Ahmad (SPÖ), BRⁱⁿ Fuchs El. (ÖVP, Schlusswort)

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, 1 Stimme der Grünen, ÖVP und NEOS angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrätin Fuchs El. (ÖVP) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237770/2021, Attraktiv begrünte Baumscheiben und Beete am Alsergrund

Die zuständigen magistratischen Dienststellen der MA 42 werden ersucht, darauf zu achten, die bestehenden Baumscheiben und Beete am Alsergrund so zu gestalten, dass sie attraktiv und üppig begrünt sind. Wenn ein Austausch von Pflanzen erforderlich ist, sollte auch versucht werden, den Zeitpunkt der Rodung und der Neupflanzung eng abzustimmen und eine Information für die Anrainerinnen und Anrainer bereitzustellen, aus der hervorgeht, warum eine Neupflanzung oder auch Baumrodung notwendig geworden ist.

Es soll vor der Neugestaltung bestehender grüner Beete in erster Linie darauf geachtet werden, die kahlen Baumscheiben zu begrünen, die es am Alsergrund gibt. Sämtliche neu zu errichtenden Baumscheiben sollen ebenfalls so gestaltet werden, dass sie üppig begrünt sind. Auch kann überlegt werden, die Baumscheiben höher aufzubauen um mehr Erdreich zu bieten – dabei sollte der Aufbau leicht nach innen versetzt werden, damit dieses leichte Überstehen von parkenden Autos möglich ist, aber kein Befahren. In formeller Hinsicht wird der Antrag dem Umweltausschuss zugewiesen.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BR Zwickelsdorfer (SPÖ), BRⁱⁿ Heimerzheim (Grüne), BRⁱⁿ Lugert (ÖVP), BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BRⁱⁿ Fuchs El. (ÖVP, Schlusswort)

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, ÖVP und 3 Stimmen der NEOS angenommen.

Bezirksrat Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237771/2021, Erhöhung der Sichtbarkeit beim Lichtzeichen (Sternstele) in der Müllnergasse

Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien zu prüfen, ob beim Lichtzeichen (Monument Sternstele) zum Gedenken an die Vereinssynagoge Müllnergasse eine Möglichkeit besteht, durch Anbringung einer zusätzlichen Tafel oder durch andere Behelfe auf die Bedeutung dieses Monuments sowie auf den derzeit schwer sichtbaren QR-Code hinzuweisen.

Im Zuge dessen soll auch die Wortwahl entsprechend geändert werden (Reichskristallnacht auf Novemberpogrom).

Das Ergebnis dieser Prüfung soll der Kulturkommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrat Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237772/2021, Anwohner innen-Parkplätze in der oberen Thurngasse

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der oberen Thurngasse (ONr. 1-5 und vis-a-vis) 25%-30% der Parkplätze, zeitnah in temporäre bzw permanente Anwohner_innenparkplätze umzuwandeln.



Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: BVⁱⁿ-Stv. Sapetschnig (SPÖ), BR Mayrhofer-Grünbühel (NEOS, Schlusswort)

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP und LINKS abgelehnt.

Bezirksrat Mayrhofer-Grünbühel (NEOS) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237773/2021, CO2-Ampeln in allen Alsergrunder Pflichtschulen

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die umgehende Ausstattung sämtlicher öffentlicher Pflichtschulen am Alsergrund mit geeigneten CO2-Ampelgeräten zu prüfen und das Lehrpersonal entsprechend einzuschulen.

Die Ergebnisse inkl. Kostenschätzung sind der Kommission für Bildung, Inklusion, Diversität und Soziales vorzulegen.



Die Verlesung des Antrags wird begehrt. Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Bezirksrätin Winiecka (LINKS) bringt folgenden Antrag ein:

BV-237775/2021, Dauerhafter Radweg in der Hörlgasse bis zur Umgestaltung

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob bis zur nachhaltigen Umgestaltung der Hörlgasse ein dauerhafter Radweg errichtet werden kann. Bei der Prüfung sind Stellungnahmen der Initiativen "Allee Hopp" und "Platz für Wien" unter Einbeziehung des Fahrradbeauftragten der Stadt Wien zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind samt Kostenschätzungen der Verkehrskommission zur Beratung vorzulegen.

Bezirksrätin O'Brien (SPÖ) bringt in der Sitzung folgenden Abänderungsantrag dazu ein:

BV-238419/2021, Dauerhafter Radweg Maßnahmen zur Erhöhung der Fußgänger*innen- und Radfahrer*innenfreundlichkeit in der Hörlgasse bis zur Umgestaltung

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht **zu evaluieren, welche Verdrängungseffekte bzw. Veränderungseffekte des Modal-Split in und um die Hörlgasse, aufgrund der Bauarbeiten am Frankhplatz für die Errichtung der U5 Station zu erwarten sind. Darüber hinaus soll geprüft werden, welche Maßnahmen zur Erhöhung der Fußgänger*innen- und Radfahrer*innenfreundlichkeit gesetzt werden können und** ob bis zur nachhaltigen Umgestaltung der Hörlgasse ein dauerhafter Radweg errichtet werden kann. Bei der Prüfung sind Stellungnahmen der Initiativen "Allee Hopp" und "Platz für Wien" unter Einbeziehung des Fahrradbeauftragten der Stadt Wien zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind samt Kostenschätzungen der Verkehrskommission zur Beratung vorzulegen.

Die Verlesung der Anträge wird begehrt. Über die Anträge wird eine **Debatte** begehrt.

Namen der Debattenredner*innen: O'Brien (SPÖ, Abänderung des Antrags), BR Garstenauer (Grüne), BVⁱⁿ-Stv. Sapetschnig (SPÖ), BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Molitor-Ruckenbauer (Grüne), BRⁱⁿ O'Brien (SPÖ)

Beschluss Abänderungsantrag:

Der Abänderungsantrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien Grüne, ÖVP und NEOS abgelehnt.

Beschluss Hauptantrag:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, ÖVP und 3 Stimmen der NEOS abgelehnt.

Der Vorsitzende Bezirksrat Mag. Maurer schließt die Sitzung um 21:56 Uhr.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.

Vorsitzender der Bezirksvertretung: BR Mag. Christopher Maurer e.h.

Die Bezirksrätin: BRⁱⁿ Claudia O'Brien, BA e.h.

Der Protokollführer: Rafael Schwarz e.h.